

Ungenügende Trennschärfe

Seit ich 2012 die erste „antifaschistische“ Demonstration erlebte, auf deren Abschlusskundgebung ein CSU-Innenminister half, die Geschlossenheit der Demokraten gegenüber Nazis herzustellen, habe ich Bauchschmerzen. Zu Beginn waren es nur leichte, denen ich z. B. durch die Organisation einer gut besuchten Informationsveranstaltung zum NSU-Prozess noch begegnen konnte.

Inzwischen bleibt mir nichts mehr anderes übrig, als immer wieder darauf hinzuweisen, dass sich gemeinsame Aktionen gegen die Rechtsentwicklung mit den christlichen, konservativen, liberalen und nationalen Nachfolgeparteien von Zentrum/BVP, DNVP, DVP, CSVD, DstP¹ und sonstigen Gruppierungen der letzten freien Wahlen 1932 von selbst verbieten. Kein einziger Vertreter dieser Parteien hat am 30. Januar 1933 Missfallen zum Ausdruck gebracht anlässlich der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Keiner ihrer Abgeordneten sprach am 24. März 1933 gegen das Ermächtungsgesetz. Allen waren Sicherheit, Recht und Ordnung wichtiger als der Erhalt der Demokratie. Ihre Nachfolgeparteien haben sich 1948 nicht grundlos außerhalb ihrer Traditionslinien verortet, die mit dem Vormärz in Deutschland einsetzten. Erfolgreich deuteten die christlichen Parteien, die liberalen und die nationalen die Geschichte der Weimarer Republik um in ein Scheitern der Demokratie am rechten und linken „Extrem“ indem sie so taten, als hätten sie selbst erst mit der Einberufung des Parlamentarischen Rates 1948 das Licht der politischen Welt erblickt.

Nach Gründung der BRD brauchte es nicht einmal volle 6 Jahre, um eine der beiden Nachfolgeparteien der Antifaschisten, die KPD, aus der Parteienlandschaft der BRD zu tilgen. Der anderen, der SPD, gelang es in den vergangenen 20 Jahren das eigene Grab zu schaufeln mit Hilfe einer umfassenden Anpassung an die Gesetze des Marktes. Schließlich hatte die freie Marktwirtschaft über die sozialistische Diktatur gesiegt. Der Vorgang wird im allgemeinen Sprachgebrauch als „Wiedervereinigung“ bezeichnet. Dieser Begriff lebt angeblich nicht von nationaler Luft, sondern er atmet die Luft einer globalen Freiheit, die der gegen Russland gerichteten Ostausdehnung nach dem 01. September 1939 mit Duldung der USA und des Vereinigten Königreichs sehr ähnlich ist.

Warum finde ich es nicht überraschend, dass am 1. Sept. 2019, dem 80. Jahrestag des deutschen Angriffs auf Polen, 162.000 Bürgerliche in Sachsen ihren politikverdrossenen Schmollwinkel verließen, um gemeinsam mit der CDU Sachsen vor der AfD zu retten. Hurra! Wir schützen rechts vor noch weiter rechts! 2024 könnte die AfD so weit im bürgerlichen Spektrum integriert sein, dass man sich einen neuen Feind der Demokratie

suchen muss. Vielleicht ist das dann die FDP, die sich gegenwärtig inhaltlich der FPÖ annähert? Oder doch eher die NPD? Oder dann doch lieber DIE LINKE, die DKP oder die MLPD. Extrem und populistisch sind die doch alle, oder? Radikal ist schon schlimm genug. „Extrem“ geht bei "uns" gar nicht! "Extreme" sind keine Demokraten. Bis zu den Stellen, an denen die Extremitäten des gesunden Körpers unserer Demokratie brandig sind, **muss** amputiert werden. Merken Sie, welche Art von Denken den Ausschluss der Radikalen aus der demokratischen Gesellschaft leitet?

Auf die Bewohner Deutschlands kommt die Herrschaft einer "demokratischen Mitte" zu, die einen gehörig eingeschränkten Debattenraum festlegt. Ich nenne das nicht faschistisch sondern autoritär und wegen der ökonomischen Ausrichtung protofaschistisch: „Mitte“ wird so eng geführt, dass man gar keine aus- oder nachdrücklichen Faschisten mehr braucht, um weltweit „unsere Werte“ militärisch zu verteidigen und aus den Böden fremder Ländern das letzte Gramm Lithium und Kobalt herauszuholen, damit die Zielgenauigkeit „unserer“ Waffen weiter gesteigert werden kann.

Wer könnte und wollte es wagen, sich einer Mitte in den Weg zu stellen, die sich in den ca. 200 unteilbaren zivilgesellschaftlichen Organisationen unterschiedlichster Ausrichtung und Inhalte zeigt, die 2018 nach eigenen Angaben in Berlin 240.000 Menschen auf die Straße bringen konnten und 2019 in Dresden immerhin noch 40.000?

Wer meint, in einer Personenbeschreibung könne man auf die Hautfarbe nicht verzichten, ist genauso Rassist und Nazi wie der NSU oder die AfD? Da muss man sich doch nicht wundern, wenn ein paar Leute in der hessischen Provinz nicht wissen, wo es Grenzen geben könnte, sollte, müsste... und einen NPD-Mann als Ortsvorsteher wählen. Der wiederholte Missbrauch starker Wörter wie z. B. Terror, Hass, Hetze ... bewirkt das Gegenteil von dem, was man vorgeblich erreichen möchte. Glaubt man wirklich gemeinsam mit bürgerlichen Parteien die Demokratie verteidigen zu können?

Gemeinsam mit den Nachfolgeparteien von Hitlers Steigbügelhaltern mit starken Worten gegen... - gegen wen und was denn nun?

Wer kann sich vor diesem Hintergrund denn noch ein Urteil dazu bilden, was als links und rechts anzusehen ist? Kein Wunder, dass Äußerungen wie diese immer häufiger und deutlicher vernehmbar sind: „Rechts und links, das sind überholte Begriffe! Wozu sollen die denn nützlich sein?“ Der Aufruf zur Einheitsfront, den manche aber leider nicht genug Menschen für richtig hielten, richtete sich seinerzeit an Sozialdemokraten und Kommunisten, an die Mitglieder der beiden Parteien der Arbeiterbewegung. Er richtete sich **nicht** an Zentrum und BVP, DNVP, DVP, CSVD, DStP oder das Deutsche Landvolk, die Vertretung der preußischen Junker, denen die Ausdehnung ostwärts ganz

besonders am Herzen lag. Das ganze christlich-konservative bis nationalliberale Gesindel, das sich 1933 für Sicherheit, Recht und Ordnung entschied statt für demokratische Zustände, feiert heute als staatstragende Mitte fröhliche Urständ. Wo fängt der Nazi an? Bei Leuten, die im Supermarkt nach Mohrenköpfen suchen? Bei Fahrzeughaltern, die Hans Hofmuckel heißen und im Buchstabenblock des Autokennzeichens ihr Namenskürzel unterbringen, weil sie dummerweise auf keinem Seminar gegen Rechts waren, und daher nicht wissen was das "eigentlich" dahintersteckt? Fängt „Rechts“ nun bei der CDU an, bei der CSU, der FDP, bei der AfD, bei der NPD, beim III. Weg? Woher sollen das Wähler wissen, die man wahlweise als verblödete, rassistische, nationalistische, rechte, antisemitische, antiamerikanische Verschwörungstheoretiker bezeichnet, weil ihnen erschreckenderweise entgangen ist, dass die Operette „Der Zigeunerbaron“ neuerdings nur noch unter dem Titel „Der Balkan-Junker“ aufgeführt werden darf.

Morallinke bereiten den Boden für einen neuen „Faschismus der Mitte“, indem sie mit dem Wort Faschismus in höchstem Maße fahrlässig umgehen.

In Zusammenhang mit der Rechtsentwicklung, die tatsächlich eine Kontinuität ist, wird in Deutschland gerne davon gesprochen, dass man den Faschismus nicht "relativieren" dürfe. Was aber machen die Leute, die in Zusammenhang mit Mohrenköpfen und Zigeunerschnitzeln von Rassismus und Faschismus faseln? Die Vernichtung von Millionen Menschen im Grauen der Lager und des Krieges als alltägliche Gegenstände in den Konsumzusammenhang zu rücken ist keine "Relativierung", das ist abscheulich! Allen, die gegenwärtig mit der leicht dahingesagten Ausrede "Wehret den Anfängen" unüberlegt zur Bagatellisierung und Banalisierung des Grauens beitragen sei ein Buch besonders ans Herz gelegt: Eugen Kogon; Der SS-Staat.

Menschen, die sich als „links“ bezeichnen, wissen nicht mehr, was Faschismus ist und wer seine Steigbügelhalter waren. Das ist das Problem! Ich schließe mich diesem Satz an, der zwar als Zitat Theodor W. Adornos weit verbreitet ist, zu dem ich aber bis jetzt noch keine Originalquelle gefunden habe: „Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten.“

1) Zentrum: christlich-katholisch; BVP: Bayerische Volkspartei; DNVP: Deutsch Nationale Volkspartei (national-konservativ); DVP: Deutsche Volkspartei (nationalliberal); Christlich Sozialer Volksdienst; DStP: Deutsche Staatspartei, vor 1930 Deutsche Demokratische Partei (linksliberal).